

Abstimmung vom 6.6.1993

Das Nein zur Waffenplatz- Initiative ist auch ein Ja zur Armee

**Abgelehnt: Volksinitiative «40 Waffenplätze sind
genug – Umweltschutz auch beim Militär»**

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Das Nein zur Waffenplatz-Initiative ist auch ein Ja zur Armee. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 504–505.

Herausgeber dieses Dokuments: Swisssvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swisssvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Die Volksinitiative «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» wird 1990 eingereicht mit dem Ziel, den Bau einer neuen Kaserne im st.gallischen Neuchlen-Anschwilen zu verhindern. Diese soll die Kaserne St.Gallen ersetzen, die der Stadtentwicklung und dem Autobahnbau zum Opfer gefallen ist. Die Volksinitiative will aber noch mehr: Waffenplätze sollen künftig weder ersetzt noch erweitert werden können. Das Begehren der «Aktionsgemeinschaft zur Rettung von Neuchlen-Anschwilen (ARNA)» erinnert an die Rothenthurm-Initiative, welche 1987 mit 57,8% der Stimmen angenommen worden war (vgl. Vorlage 350).

Der Bundesrat stellt sich kompromisslos gegen das Volksbegehren. Er weist darauf hin, dass es sich im konkreten Fall lediglich um einen Ersatzbau handle und dieser den Anforderungen des Umweltschutzes durchaus genüge. Im September 1991 werden die Bauarbeiten für den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen wieder aufgenommen, was zu heftigen Protestaktionen rund um das umstrittene Gelände führt. Das Parlament bewilligt daraufhin gegen den Willen der Linken 3,9 Millionen Franken für Sicherheitsmassnahmen. Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Initiative im Verhältnis zwei zu eins ab. Dabei kommt einmal mehr der in Armeefragen besonders stark ausgeprägte Links-rechts-Gegensatz zum Tragen. Die bürgerliche Mehrheit ist sich zwar darüber einig, dass 40 Waffenplätze tatsächlich genug seien, findet aber die Initiative in ihren Forderungen zu radikal und unflexibel. Bundesrat Kaspar Villiger setzt sich erfolgreich für eine Motion der Kommissionsminderheit ein, wonach die Bauarbeiten bis zur Volksabstimmung unterbrochen werden sollen. Juristische Einwände, wonach die Initiative unter anderem die Einheit der Materie verletze und deshalb für ungültig erklärt werden müsse, können sich nicht durchsetzen. Der Ständerat schliesst sich der ablehnenden Haltung des Nationalrats einstimmig an.

GEGENSTAND

Die Initiative will mittels Verfassungsänderung sowohl den Bau als auch die Erweiterung von militärischen Übungs-, Schiess-, Waffen- und Flugplätzen untersagen. Militärische Anlagen sollen den zivilen gleichgestellt und der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung unterstellt werden. Umstritten ist Art. 20 Abs. 2, wonach bei Annahme der Initiative der Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen in den Zustand vor dem 1. April 1990 zurückversetzt werden müsste.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die Gegnerschaft führt eine geschickte Kampagne, die nicht unwesentlich von der Zusammenlegung der beiden militärkritischen Volksinitiativen «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär» und «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» (vgl. Vorlage 393) auf den gleichen Abstimmungssonntag profitiert. Obgleich die beiden Initiativen von unterschiedlichen Kreisen lanciert worden sind, gelingt es der Gegenseite, zwischen den beiden Anliegen einen inneren Zusammenhang herzustellen und so die Abstimmung zu einem Plebiszit für oder gegen die militärische Landesverteidigung zu machen. Der Abstimmungskampf

auf der Gegenseite wird breit organisiert: Eine «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee», welcher rund zwei Dutzend armeerfreundliche Organisationen vom Gewerbeverband über die Wirtschaftsförderung bis hin zum Schweizerischen Schützenverein angehören, koordiniert das einheitliche Auftreten dieser Interessengruppen. Daneben bildet sich ein Aktionskomitee «Gegen eine Schweiz ohne Schutz», dem 136 bürgerliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier angehören. Wichtigster Exponent der Gegner im Abstimmungskampf ist aber Bundesrat Villiger, der sich vehement für eine starke und damit glaubwürdige Armee einsetzt.

In Anlehnung an das Stop-the-Army-Festival von 1989 heizt die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) derweil den Abstimmungskampf mit einem Polit-Happening auf dem Berner Bundesplatz an, an welchem namhafte Vertreter aus der Schweizer Rock-, Pop- und Kabarettsszene teilnehmen. Eine Woche später kann auch die Gegenseite rund 25 000 Personen zu einer patriotischen Grosskundgebung mobilisieren. In dieser emotional stark aufgeladenen Atmosphäre fällt es den Befürwortern, zu denen neben der GSoA auch die SP, der LdU, die Grünen, die Lega und der SGB gehörten, zunehmend schwer, ihr Anliegen überzeugend darzustellen, und es gelingt ihnen immer weniger, sich aus dem Windschatten der Armeeabschaffungs-Abstimmung von 1989 zu lösen.

ERGEBNIS

Am 6. Juni lehnen Volk und Stände die Waffenplatz-Initiative mit 55,3% Neinstimmen ab, und auch die zweite Initiative scheitert mit einem Neinstimmenanteil von 57,2% deutlich. Dass dem Urnengang grosse Bedeutung zugemessen wurde, zeigt sich an der hohen Stimmbeteiligung von 55,6%. Der Umstand, dass am Wochenende vom 6. Juni allein über diese beiden Initiativen abgestimmt wurde, erwies sich als sehr bedeutsam. Erst mit der Zusammenlegung der beiden Abstimmungen entwickelte die gegnerische Behauptung von der «Armeeabschaffung auf Raten» ihre volle Sprengkraft. Die pauschale Würdigung im Abstimmungsbüchlein, wonach beide Initiativen «eine zeitgemässe Landesverteidigung» verhinderten, verfestigte diese Sicht der Dinge weiter.

Eine vom Bundesamt für Statistik in Auftrag gegebene Untersuchung zeigte, dass noch nie eine Volksabstimmung über Militärfragen die Schweiz derart polarisiert hatte. Die kantonalen Abweichungen vom gesamtschweizerischen Ergebnis waren gegenüber denjenigen zur Armeeabschaffungs-Initiative von 1989 (vgl. Vorlage 357) deutlich grösser geworden, die militärkritischen Kantone also noch kritischer und die militärfreundlichen noch armeerfreundlicher. Die Nachbefragung ergab, dass es den Neinstimmenden um ein grundsätzliches Bekenntnis zur Armee gegangen war. Der Umkehrschluss erwies sich hingegen nicht als zwingend, die Untersuchung machte nur etwas mehr als 20% harte Armegegner aus. Überraschend war das stark geschlechterspezifische Stimmverhalten. Im Unterschied zur Abstimmung über die Armeeabschaffung

vom November 1989 standen die Frauen den beiden armeekritischen Initiativen deutlich positiver gegenüber als die Männer.

Die Polarisierung verlief weitgehend entlang den Trennlinien der (parti)politischen Orientierungen. Klare Unterschiede im Stimmverhalten ergaben sich auch beim Alter, wo die Kategorie der 30- bis 39-Jährigen als einzige deutlich zustimmte. Erneut zeigte sich ein Gegensatz zwischen der städtischen, eher progressiven Schweiz und den konservativeren ländlichen Gegenden. Ebenfalls eine grosse Rolle spielte die Sprachzugehörigkeit. In der Deutschschweiz lag der Anteil der Zustimmung bei 43% resp. 44%, in der Romandie und im Tessin bei 55% bzw. 56%.

QUELLEN

BBI 1984 II 1398; BBI 1991 IV 254; BBI 1992 V 889. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1990 bis 1993: Landesverteidigung. Vox Nr. 49. Bühlmann et al. 2006: 54–58.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.